

Angeworben, zugewandert, geblieben
– Von Ausländern, Gastarbeitern und Migranten
Schwäbisch Hall, 12.3.2012

Vor 50 Jahren galt: „Man hat Arbeitskräfte gerufen und es kommen Menschen“ - die mittlerweile geflügelten Worte von Frisch beschreiben treffend nicht nur die Migrationsgeschichte im Nachkriegsdeutschland, sondern auch in Schwäbisch Hall. Sie erzählen von einer Zeit, in der Ausländer das deutsche Wirtschaftswunder am Laufen halten sollten. Die sensationelle Arbeitslosenquote von 0,1 % in Baden-Württemberg machte es auch für die ansässig Industrie notwendig, sogenannte „Gastarbeiter“ - ausländische Arbeiter auf Zeit - anzuwerben. Ständige Produktionssteigerungen ließen ihre Zahl in den kommenden Jahren ständig anwachsen. Der wirtschaftliche Aufschwung der Firma wäre in diesem Ausmaß ohne ihren Einsatz undenkbar gewesen.

Die Zuwanderung der Arbeitsmigranten in den 1960er hat den Grundstein für die multiethnische Gesellschaft von heute gelegt. So gehören viele dieser Menschen zur dritten oder vierten Generation der ehemals zugewanderten „Gastarbeiter“ an. In Hall selbst beträgt der Ausländeranteil knapp 10 Prozent, neben einem höheren Anteil mit Migrationshintergrund. Damit liegt Hall im unteren Mittelfeld. Andere Städte, wie etwa Heilbronn, haben ganz andere Werte vorzuweisen. In der Neckarstadt verfügt mittlerweile jeder zweite Einwohner über einen Migrationshintergrund.

Dennoch sind Kenntnisse über die Ursachen, Stationen und Auswirkungen dieser Zuwanderung immer noch rudimentär. In der öffentlichen Wahrnehmung überwogen lange Zeit nur die negativen Begleiterscheinungen von Zuwanderung das Meinungsbild. Nicht zuletzt deshalb versucht die vorliegende Arbeit, die wesentlichen Ereignisse und Entwicklungen dieses Einwanderungsprozesses anschaulich und nachvollziehbar aufzuzeigen, damit dieser Teil der Geschichte als das begriffen wird, was er ist: deutsche Geschichte. Die „Gastarbeiterzuwanderung“ ist allerdings nur ein Aspekt der langen Migrationsgeschichte. Schon immer sind Menschen ins zu-, durch oder abgewandert – Konstante der Geschichte. Der zeitliche Rahmen umfasst deshalb neben der eigentlichen Kernzeit 1960 – 1990 einen Ausblick auf die Zeit davor und danach.

Denn wer Migrationsbewegungen untersucht, kann nicht erst in den Jahren der „Gastarbeiteranwerbung“ anfangen, der Mensch ist seit jeher gewandert. Der Titel des Vortrags müsste deswegen hießen „Durch, Zu, Hin und Weg“ – Migrationsgeschichte von Anfang an“.

Wir als „Homo Sapiens müssten eigentlich ein „Homo migrans“heißen – weil unsere Vorfahren von Anfang an gewandert sind, geschätzte 30 km am Tag, bis die ganze Welt besiedelt war. Soweit will ich dann doch nicht gehen, doch lassen sie uns einen kurzen Blick auf die letzten 250 Jahre werfen:

Wir finden im Südwesten Belege etwa zu Schweizer, Österreicher, Elsässer und Waldenser aus Frankreich und Norditalien die hier herkamen, fremde Armeen marschierten durch und die einheimische Bevölkerung wanderte ab. Fortwährend zwangen Kriege, Glaubenskonflikte, Hungersnöte, politische Missstände und soziale Perspektivlosigkeit Menschen in Württemberg, Hall und Umgebung ihre Heimat zu verlassen. – denken sie etwa an den „Hungerkasten“ in der Kirche Sankt Michael, oder Hall als eines der Zentren der Revolution von 1848. Allein für 1854 sind 100 Auswanderer bekannt.

Die Bevölkerungsverluste für das Land waren enorm: zwischen 1815 und 1870 wanderte nicht weniger als ein Fünftel der gesamten Bevölkerung des Königreiches Württembergs und damit zwischen 353.000 und 368.000 Untertanen aus. Geschätzte sechs Millionen Auswanderer verließen ab 1820 bis 1920 Deutschland.

Die beginnende Industrialisierung Deutschland ab 1850 lenkt die Migrationsströme in die sich herausbildenden Industriezentren der Kohle- und Stahlindustrie um. Der wirtschaftliche Erfolg des Deutschen Reiches in Zeiten der Industrialisierung beschleunigte die Zuwanderung einer größere Anzahl von ausländischen Arbeitern. Ihr Einsatz in der Zeitspanne vor dem Ersten Weltkrieg ist ein gewohnter Anblick. 1910 verdienten rund 1.3 Millionen sogenannter „Reichsausländer“ ihren Lohn in Deutschland.

Für die Fläche erwies sich in den Jahren vor und nach der Reichsgründung von 1871 die Eisenbahn als Schrittmacher des volkswirtschaftlichen Wachstums. Der Eisenbahnbau brachte zahlreiche Ausländer in die Region, in der Mehrzahl Italiener. „Wo immer in Deutschland an einer Eisenbahnlinie gebaut wird, kann man sicher sein, Italiener in großen Mengen zu finden,“ wusste ein zeitgenössischer Beobachter zu berichten. Die Hohenlohebahn und die Murrbahn wurden mit ihrer Hilfe gebaut. Aber nicht nur im Eisenbahnbau setzte man Ausländer ein. Schätzungen gehen aber davon aus, dass etwa acht Prozent aller Beschäftigten in den 1890er Jahren ausländische Arbeitsmigranten waren. Überdurchschnittlich hoch war ihr Anteil im Baugewerbe und in der Textilindustrie mit etwa 15 bis 18 Prozent. Allein in der Textilbranche, die ja für den Südwesten besonders wichtig war und in der vor allem Frauen beschäftigt waren, kam jede dritte Arbeiterin aus dem Ausland.

Das Migrationsgeschehen aus dieser Zeit zeigt, wie aus historischen Bindungen gewisse Migrationstraditionen erwachsen können. Ich habe ein Beispiel aus Neckarsulm mitgebracht der Fa. Carlet und der Textilfirma Spohn.

„1903/1904 sind die Eltern ihres Schwiegervaters aus Friaul ausgewandert, um für die Firma Gebrüder Spohn zu arbeiten. Ihr Schwiegervater ist deswegen in Neckarsulm geboren und aufgewachsen. Weil er in die deutsche Schule ging, konnte er die Sprache gut. Später ist die Familie wieder nach Italien gezogen, doch Neckarsulm hat mein Schwiegervater immer im Herzen getragen. Er wollte zumindest einmal noch zurück. Als er schließlich 1959 in Rente ging, war es soweit. Im Urlaub hat er seinen Geburtsort besucht. Es sollte der Schicksalstag unserer Familie werden. Die Firma Spohn existiert noch und ein alter Schulkamerad von damals, war nun Personalleiter dieser Firma. Da die ersten Italiener als „Gastarbeiter“ bereits für Spohn arbeiteten, machte er meinem Schwiegervater ein Angebot. Er solle in Neckarsulm bleiben und als Dolmetscher fungieren. Dieser blieb und holte nach und nach meinen Schwager, meine Schwiegermutter und meinen Mann nach, so dass ich schließlich auch 1961 nach Neckarsulm kam.“

Ein weiterer, wichtiger Punkt ist der Erste und Zweite Weltkrieg, die beide zu verstärkten Migrationsbewegungen führten: Beide waren „totaler Krieg“, die alle Lebensbereiche der Kriegsführung unterordneten. Mehr als zwei Millionen ausländische Staatsangehörige, Zivilpersonen und Kriegsgefangenen, setzte das Deutsche Reich im Ersten, mehr als 12 Millionen im Zweiten Weltkrieg ein. (Allein Ausländer keine KZ-Insassen) – in Hall: Mehr als 2.1000 Zwangsarbeiter wurden während des Zweiten Weltkriegs nach Schwäbisch Hall verschleppt, wo sie überall –

von Privathaushalten bis hin zu den Rüstungsbetrieben - zum Einsatz kamen. Allein im Barackenlager der "Fassfabrik" lebten 350 Menschen. Deren Inhaber Karl Kurz wurde von einem Denunzianten bei der Gestapo angezeigt, weil er "seine" Zwangsarbeiter zu human behandelte.

Die Beschäftigung von Ausländern war auch ein sichtbares Zeichen des nationalsozialistischen Unrechtsregimes. Die Lager und die täglich zur Arbeit gehenden Ausländern gehörten zum Alltag der einheimischen Bevölkerung, ohne das diesem Umstand besondere Aufmerksamkeit geschenkt wurde. Die in den Nachkriegsjahren zur Schau getragene Gleichgültigkeit gegenüber diesem Thema versinnbildlicht, wie wenig Zwangsarbeit im öffentlichen Gedächtnis als Verbrechen wahrgenommen wurde. Es entstand keine Sensibilität, die sich in den 1950er und 1960er Jahren in einem anderen Umgang mit den „Gastarbeitern“ hätte widerspiegeln können. Auf diese Weise blieb eine durchaus angebrachte Diskussion über die negativen Traditionslinien der Ausländerbeschäftigung in den Zeiten des Wirtschaftswunders aus.

Was sich veränderte, war die Begrifflichkeit:

Vom Saison-, Fremd-, Gast-, und ausländischer Arbeiter zur Person mit Migrationshintergrund

Das schwierige Verhältnis der Deutschen zu den angeworbenen ausländischen Arbeitskräften offenbart(e) sich in immer neuen Begrifflichkeiten. Der Fremde musste auch sprachlich als solcher markiert werden. Vom „Saisonarbeiter“, der nur in der „Saison“ in Deutschland verweilte, wandelte sich die Bezeichnung zum „Fremdarbeiter“, der in der Zeit des Nationalsozialismus zudem Zwangsarbeit zu leisten hatte. Der Terminus „Fremdarbeiter“ sollte sich bis in die 1960er Jahre hinein halten, bevor sich in der bereits früher verwendeten Wortschöpfung des „Gastarbeiters“, die alte Intension des vorübergehenden Aufenthalts im neuen Gewande wiederfand: Fremde die nur ein Gastrecht genießen. Der Westdeutsche Rundfunk startete 1970 ein Preisausschreiben, um ein besseres Wort zu finden. Unter den 32.000 Einsendungen fanden sich Vorschläge wie Auslandsroboter, bundesdeutsche Heinzelmännchen, Kumpel des Südens oder Teilbürger. Da keiner der vielen Vorschläge eine bessere Alternative darstellte, entschied sie die Jury den Begriff „ausländischer Arbeitnehmer“ zu verwenden. Der Arbeiter wandelte sich mit längerem Aufenthalt zum „ausländischen Mitbürger“ und schließlich zum „(Im)Migrant.“ Heute bezeichnet der Begriff „Personen mit Migrationshintergrund“ politisch korrekt alle Bevölkerungsgruppen, Deutsche und Ausländer, die seit 1950 in die Bundesrepublik Deutschland zugewandert sind.

Die Zeit nach 1945 war geprägt von Menschen in Bewegung:

Flüchtlinge aus den verlorenen deutschen Ostgebiete kommen hierher, Millionen von Kriegsgefangenen, Fremd- und Zwangsarbeiter, nun unter dem englischen Begriff „Displaced Persons“ (DPs) – Verschleppte Personen – zusammengefasst gehen. , - Bevölkerungsverschiebungen größten Ausmaßes.

Die erzwungene Mobilität von Menschen unterschiedlicher Herkunft, führte in Deutschland wie auch im Haller Raum zu einer veränderten Struktur der Bevölkerung. Der Zuzug von Flüchtlingen und Vertriebenen sorgte für Spannungen und Konflikte mit der ortsansässigen Bevölkerung, die noch lange nachwirken sollten. Denn ihre Ankunft stieß bei der ansässigen Bevölkerung auf wenig Gegenliebe. Das Wenige, das man hatte, wollte man nicht mit den Neuhinzugekommenen teilen. Wachsende Probleme verursachten zusätzlich die soziokulturellen und konfessionellen Unterschiede der Vertriebenen und Flüchtlinge, etwa wenn Protestanten in katholische Gemeinden kamen oder andersrum. Es sollte noch lange dauern, bis die meisten Spannungen überwunden waren. Eine Verortung der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge im neuen sozialen Umfeld fand nur langsam statt. Zu stark waren die besonders auf dem Land vorherrschenden gesellschaftlichen Strukturen, als das sie Zuwanderern ein schnelles Eingliedern ermöglicht hätten. Erst aus heutiger Sicht können wir von einem gelungenen Integrationprozess sprechen, der sich allerdings über Jahre, wenn nicht sogar Jahrzehnte hinziehen sollte.

In vielfacher Hinsicht zeigen sich hierbei Parallelen zwischen Flüchtlingen und Heimatvertriebenen und den später angeworbenen ausländischen „Gastarbeitern“ – auch wenn erstere es nicht gerne hören. Beide Gruppen stellten die nötige Reserve an Arbeitskräften, die dringend notwendig waren, um die einsetzenden wirtschaftlichen Höhenflüge der 1950er und 1960er erst zu ermöglichen. Sie waren das für die deutsche Wirtschaft so wichtige „Humankapital“, um besonders beschwerliche, oft schlecht bezahlte und gesellschaftlich gering geschätzte Produktionen überhaupt zu ermöglichen.

Allerdings hatten sie unterschiedliche Startvoraussetzungen. Während Flüchtlinge und Heimatvertriebene von vornherein der einheimischen Bevölkerung rechtlich gleichgestellt waren, konnten sich die ausländischen Arbeitskräfte allein schon

aufgrund der staatsbürgerlichen Situation und den sprachlichen Defiziten nicht in gleicher Weise am politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Leben beteiligen. Was zu einem beschwerlicheren Anfang bei uns führte. Manche Wissenschaftler haben sogar die These, dass die Akzeptanz von Vertriebenen stieg, als Gastarbeiter kamen.

Der weitere, wirtschaftliche Aufschwung der Bundesrepublik Deutschland insbesondere in den 1950er Jahren übertraf die kühnsten Erwartungen der Menschen und übertünchte diese Konflikte. Unbeschreibliche Wachstumsraten von bis zu 12,1% versetzten das Land in einen kollektiven Taumel.

Die ökonomische Entwicklung in Westdeutschland schlug sich schon bald auf dem Arbeitsmarkt nieder. Innerhalb einer relativ kurzen Zeitspanne verringerte sich die Arbeitslosenquote von 11% im Jahre 1950 auf unter 1% im Jahre 1961.

Die daraus entstehende Gesamtsituation lässt sich wie folgt beschreiben:

- Der Zustand der Vollbeschäftigung war damit längstens erreicht und das Millionenheer der deutschen Flüchtlinge und Vertriebenen weitgehend in den Arbeitsmarkt eingegliedert.
- Im besonders arbeitsintensiven und unattraktiven Wirtschaftssektor der Land- und Forstwirtschaft herrschte bereits Anfangs der 1950er Jahre Arbeitskräftemangel vor. Die Bauernverbände Badens und Württembergs warben schon 1952 für die Beschäftigung ausländischer Erntehelfer, um so den Mangel an Arbeitskräften zu kompensieren.
- Eine Zeit lang konnte die Nachfrage nach Arbeitskräften von Übersiedlern aus der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) mildern. Dieser Zufluss verlangsamte den Trend der zunehmenden Verknappung von Arbeitskräften. Er veränderte ihn aber nicht, zumal die Quelle an Humankapital nach dem Mauerbau versiegte.
- Demografische, soziale und politische Faktoren verschärften den Mangel an Erwerbspersonen zusätzlich. Die ungünstige Altersstruktur der deutschen Bevölkerung, längere Ausbildungs- und Studienzeiten, der Aufbau der Bundeswehr und der stetige Abbau der tariflichen Wochenarbeitszeit wirkten sich immer stärker aus.
- Eine forcierte Erwerbstätigkeit deutscher Frauen wurde von der Bundesregierung kaum in Betracht gezogen. Sie passte nicht ins politische Kalkül der 1950er und 1960er Jahre, in der das traditionelle Familienbild einer Erhöhung der Frauenerwerbsquote entgegenstand.
- Vorschläge, deutsche Produktionsstätten ins Ausland zu verlagern, waren kaum umsetzbar, da der Arbeitskräftemangel sich besonders in Wirtschaftsbereichen wie der Landwirtschaft, der stahlerzeugenden Industrie oder im Bergbau fokussierte, die ortsgebunden waren. Dieser zuerst sektorale auftretende Arbeitskräftemangel weist bereits auf einen Wesenszug des später einsetzenden gesellschaftlichen Wandels hin. Deutsche Arbeiter waren

für gewisse beschwerliche und schlecht bezahlte Arbeiten nicht mehr zu haben.

Angesichts der Engpässe bei deutschen Erwerbspersonen in diesen Industriesektoren griff die Bundesregierung auf das traditionelle Beschäftigungsmodell der vorübergehenden Anwerbung von ausländischen Arbeitskräften zurück. Eine politische oder gesellschaftliche Diskussion über die historischen Verortung der Ausländerbeschäftigung und ihre negativen Ausprägungen im Nationalsozialismus blieb aus. Stattdessen sah sich die Bundesrepublik als Wegbereiterin eines neuen Völker verbindendes, gemeinschaftlichen europäischen Gedankenguts. West-Deutschland übernahm in dieser Selbstwahrnehmung die Patenschaft für die südeuropäischen Länder, sie durch die Anwerbung und damit Ausbildung ihrer Bürger für eine gemeinsame Zukunft vorzubereiten – gewissermaßen auch als Ausgleich für den Schaden und die Verheerungen, die man angerichtet hatte. Der Bundesarbeitsminister Blank äußerte sich in dieser Richtung, indem er sagte: „...die Verschmelzung Europas und die Annäherung von Menschen verschiedenster Herkunft und Gesittung in Freundschaft [ist] eine Realität [geworden].“

Das erste „Abkommen über Anwerbung und Vermittlung von Arbeitskräften“ schloss die Bundesregierung am 20. Dezember 1955 mit Italien ab. Der binationalen Vereinbarungen folgten weiterer Verträge mit Griechenland und Spanien (1960), der Türkei (1961), Marokko (1963), Portugal (1964), Tunesien (1965), sowie Jugoslawien (1968). Sie bildeten bis zum Anwerbestopp 1973 die gesetzlichen Grundlagen für die geregelte Zuwanderung von Ausländern.

Ein System von gesetzlichen (Ausländerrecht) und vertraglichen Bindungen (Vermittlungsvereinbarungen) steuerte den Zustrom ausländischer Arbeitskräfte. Weiterführende sozialpolitische oder infrastrukturelle Konzepte wurden nicht entwickelt, da damals an eine dauerhafte Beschäftigung der Arbeiter nicht dachte. Sowohl Wirtschaft, Politik als auch die Bevölkerung gingen nur von einer kurzen Verweildauer der „Gastarbeiter“ aus. Aus dieser Sichtweise heraus wurden keine ernsthaften sozialpolitischen oder infrastrukturellen Konzepte entwickelt, die eine längere Verweildauer berücksichtigt hatten.

Die ausländischen Arbeiter erhielten bei ihrer Anwerbung nur ein Aufenthaltsrecht für ein Jahr. Dies sollte einem „Sesshaftwerden“ entgegenwirken. Es entsprach aber nicht den Vorstellungen der Wirtschaft, die kein Interesse zeigte einmal eingelernte Arbeitskräfte zu verlieren. Man änderte es schließlich ab.

Die mit der Anwerbung verbundenen Probleme, wie die Erschließung von Wohnraum, oder die Angst der Gewerkschaften vor einem sinken des Lohnniveaus erforderten oft kurzfristige und zweckmäßige Maßnahmen. Die Ausländer wurden tarif- und sozialrechtlich den inländischen Arbeitnehmern gleichgestellt, damit deutsche Firmen mit Hilfe ausländischer Arbeitskräfte, nicht das ausgehandelte Tarifsystem unterlaufen konnten. Gleichzeitig galt lange Jahre das „Inländerprimat“. Bei gleicher Qualifikation sollten bei offenen Stellen die Einstellung von deutschen vor ausländischen Mitarbeitern erfolgen. Dem Wohnraummangel sollte durch Massenunterkünfte, begegnet werden: „[...] ein Rückgriff auf Italiener [...] keine Wohnungsbauballung verursacht [...], sondern die Bereitstellung von Baracken im allgemeinen ausreich[t...]“.

Ganz allgemein gesehen versprachen sich Staat und Wirtschaft aus der Ausländerbeschäftigung betriebs- und volkswirtschaftliche Vorteile. Die Betriebe sahen die Kostensparnis, da der niedrige Altersdurchschnitt der Angeworbenen krankheitsbedingte Ausfälle nicht erwarten ließ, wie er etwa bei älteren Arbeitnehmern in Kauf genommen werden musste. Der Staat konnte dagegen mit zusätzlichen Einnahmen wie Lohnsteuer, Sozialversicherung und Krankenkassenbeiträgen, die auch für „Gastarbeiter“ zu entrichten waren, rechnen, ohne das die Ausländer, wegen der angedachte kurze Aufenthaltsdauer, von deutschen Sozialsystemen im gleichen Maße profitiert hätten. – Rentenpolitik: Rentensystem bereits in den 1970er und nicht später in eine Krise geraten.

Den größten Nutzen sah man in der lokalen Mobilität der „Gastarbeiter“. Die von der Wirtschaft gepriesene lokale Mobilität beruhte vor allem darauf, dass die meisten Gastarbeiter ohne Familienanschluss ortsungebunden und somit „verschiebbar“ waren. Sie konnten dort eingesetzt werden, wo es Arbeit gab. – das traf nicht auf die deutschen zu.

Ein weiterer Vorteil betraf die zeitliche Beschränkung ihres Aufenthalts. Alle angeworbenen Arbeitskräfte besaßen zuerst eine zeitliche befristete Arbeitserlaubnis, nach deren Ablauf die bundesdeutschen Behörden entscheiden konnte, ob sie die Aufenthaltserlaubnis verlängerten. Den Migranten drohte auf diese Weise bei einem Verlust des Arbeitsplatzes eine baldige Rückkehr ins Heimatland. Der deutsche Staat konnte dadurch nur profitieren. Zum einen ersparte er sich im Falle einer längeren Arbeitslosigkeit des Ausländers anhaltende Sozialausgaben. Zum anderen wurde ihm damit ein Steuerungselement an die Hand gegeben, dass in Krisenzeiten als sogenannter „Konjunkturpuffer“ eingesetzt werden konnte. Ausländer konnten in schwierigen Phasen entlassen und bei einer konjunkturellen Belebung wieder angeworben werden ohne den heimischen Arbeitsmarkt mit deutschen Arbeitslosen zu belasten.¹

Bis 1959 hatte das erste Anwerbeabkommen mit Italien nur geringe Bedeutung. Die Zahl der Angeworbenen blieb mit insgesamt 166.000 relativ niedrig. Erst danach stieg die ausländischen Bevölkerung 1960 auf 329.000 Personen und nahm auch weiterhin beständig zu. 1964 feierte man bereits die Ankunft des einmillionsten „Gastarbeiter“, des Portugiesen Sá Rodrigues. Infolge des wirtschaftlichen Einbruchs durch die Rezession 1966/67 verringerte sich die Anzahl der Migranten erstmals um 400 000 von 1,3 Millionen auf 900 000.

Nach Überwindung der konjunkturellen Schwierigkeiten setzte die Anwerbung noch intensiver ein. Zwischen 1968 und 1973 schnellten die Zahlen von 1,08 auf fast 2,6 Millionen. Das Jahr 1970 stellte mit 322 000 Angeworbenen den Anwerberekord dar.

In der Praxis standen den Migranten drei bis fünf Wanderungswegen offen, um nach Deutschland zu gelangen. Die Wege beschreiben die Zuwanderung über die Deutschen Anwerbekommissionen („Erster Weg“), die Einreise per Sichtvermerk über ein deutsches Konsulat im Ausland („Zweiter Weg“) und die Ankunft in Deutschland mit Hilfe eines Touristenvisums („Dritter Weg“). Als weiterer Wanderungsweg wird die auf Grundlage der EWG-Verträge legitimierte Freizügigkeit beschrieben, die ab 1961 den italienischen Arbeitnehmern die freie Arbeitsaufnahme innerhalb der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft erlaubte. Eine andere Möglichkeit nach Deutschland einzureisen, bestand im Rahmen des

Familiennachzugs. Ausländische Arbeitskräfte, die bereits längere Zeit in Deutschland arbeiteten, konnten unter dem Nachweis über ausreichend Wohnraum zur verfügen, ihre Angehörigen nachkommen lassen.

Einen Weg erläutern, den ersten und wichtigsten:

Die Anwerbungen des „Ersten Weges“ erfolgte durch Auslandsdienststellen der Bundesanstalt für Arbeit (»Deutsche Kommissionen«), die mit Unterstützung der einheimischen Arbeitsverwaltungen geeignete Bewerber einluden. Vorausgegangen war ein Vermittlungsauftrag einer deutschen Firma an das zuständige Arbeitsamt vor Ort. Dieses überprüfte im Sinne des Inländerprimats, ob nicht geeignete deutsche Kandidaten für die zu besetzenden Arbeitsplätze zur Verfügung standen. Damit sollte sichergestellt werden, dass Ausländer nicht anstelle, sondern nur wenn keine deutsche Arbeitskräfte vorhanden waren Anstellung fänden.

Weitere Vorbedingungen waren geeignete Unterkünfte und die Zusicherung, ausländische Arbeitskräfte gegenüber Deutschen in Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht zu benachteiligen.

Die Dokumente forderten zusätzliche Angaben über die Zahl der angeforderten Kräfte, das Geschlecht, die gewünschte Nationalität, sowie Informationen über die geforderten beruflichen Kenntnisse und Fähigkeiten der anzuwerbenden Personen, so dass die Arbeitsämter in der Auswahl der geeigneten Kandidaten darauf Rücksicht nehmen konnten. Die deutschen Betriebe suchten im Normalfall ungelernte Arbeiter für die Produktion, die „gesund waren, über handwerkliche Kenntnisse verfügten und eine kräftige Statur hatten.“ Es kam selten vor, dass die man speziell nach Facharbeitern suchte. Nur vereinzelt gab es Anfragen danach. Vorwiegend suchte man Hände und Beine, die irgendwelche Hebel und Schalter am Band zu betätigen hatten, wie ein Anwerber es beschrieb. Facharbeiter waren dagegen nur schwierig zu erhalten. Meistens hatten die ausländischen Behörden ein Auge darauf, wer das Land verließ. In erster Linie wollten die heimischen Arbeitsverwaltungen der Anwerbeländer keine qualifizierten Arbeitskräfte verlieren. Auch für regimekritische Griechen, Portugiesen, Jugoslawen und Spanier blieb der Schlagbaum unten, man wollte keinen „sozialen Sprengstoff“ exportieren, der sich dann ohne Aufsicht im Ausland hätte entzünden können. – man sollte nicht vergessen, dass vor nicht allzu langer Zeit, europäische Länder noch Diktaturen waren.

Auswandern war zuerst ein Privileg der Männer. Vor allem in katholisch geprägten Ländern gab es zahlreiche Vorbehalte gegen die Anwerbung von Frauen. So durften in Spanien Frauen unter 21 Jahren nur „im Familienverbund“ auswandern. Bis zu einem Alter von 25 benötigten ledige Spanierinnen dazu prinzipiell die Zustimmung der Eltern. In Italien dagegen war die Anwerbung von Italienerinnen unter 21 Jahren generell untersagt.

Mit der endgültigen Auftragerteilung zur Anwerbung von ausländischen Arbeitern fiel pro Person ein Unkostenbeitrag für Vermittlung, Transport und Verpflegung für den anwerbenden Betrieb an. Italiener waren 60 DM, Spanier 120 DM, für Portugiesen und Türken bei 150 DM, Griechen 170 DM.

Waren diese Vorbedingungen geklärt, leiteten die Arbeitsämter die Anträge an die „Deutsche Kommissionen“ im Ausland weiter. Die Gesuche gingen an die zuständigen Behörden innerhalb des Landes. Aushänge informierten die Menschen auf der Straße vom Stellenangebot im fernen Deutschland. In manchen Gebieten sorgten die Mitteilungen für lange Schlangen vor den Arbeitsämtern. Groß war das Angebot an Bewerbern, so dass eine Vorauswahl getroffen werden musste. Die in den Heimatorten von den zuständigen ausländischen Behörden ausgesuchten Kandidaten schickte man an die Auslanddienststellen der Bundesanstalt für Arbeit weiter.

Die Deutsche Kommissionen entpuppten sich oftmals als entscheidendes Nadelöhr auf dem Weg nach Deutschland. Dort entschieden deutsche Beamte mit den ansässigen einheimischen Stellen peinlich genau, wer nach Deutschland durfte und wen man abwies. Eine Arbeitserlaubnis erhielt nur, wer bei bester Gesundheit war. Aufgrund der großen Anzahl von Bewerberinnen und Bewerbern konnten schon kleine gesundheitliche Beeinträchtigungen wie etwa schlechte Zähne, zu einer Ablehnung führen. Schwangere Frauen wies man generell zurück.

Deutsche Firmen hatten ausdrücklich das Recht, an der Auswahl der Arbeitskräfte mitzuwirken. Viele große Firmen nutzen diesen Anspruch und schickten zum Auswahlverfahren eigenes Personal, um vor Ort die Untersuchungen zu begleiten. Über ein Anwerbungsverfahren berichtete der Augenzeuge Theo Schirmer:



Theo Schirmer: Es ging zu, wie auf dem Viehmarkt.

Das erste Mal bin ich 1972/1973 nach Lissabon geflogen. Wir waren zu viert: Ein Personaler, ein Dolmetscher, unser Werksarzt und ich als Vertreter des Betriebsrats. Man hat uns geschickt, um ordentlich viel Personal anzuwerben, für Lackiererei, Rohbau und Montage. In der deutschen Verbindungsstelle saßen wir an einem langen Tisch, und dann hat man uns jeweils 12 Leute vorgeführt. Jung sollten sie sein, möglichst nicht über 25, mit kräftiger Statur und großen Händen. Wir haben nach Vorkenntnissen im Handwerk gefragt. Ab und zu hat sich unser Werksarzt einen genauer angesehen, ob er gute Zähne hatte und auch sonst gesundheitlich in Ordnung war. Es ging zu wie auf dem Viehmarkt. Wir kamen uns vor, wie Pferdehändler, die sich die besten Stücke heraussuchten. Das ist mir ganz schön an die Nieren gegangen. Vor allem wenn wir einen ablehnten und der zu weinen anfing.

Die Beweggründe der Migranten nach Deutschland zu kommen, waren sehr unterschiedlich. Sie reichten von jugendlicher Abenteuerlust bis zur Hoffnung, „etwas aus seinem Leben zu machen“. Politische Motive finden sich ebenso, wie der Versuch, sich im Ausland der Ableistung des Militärdiensts und – für den portugiesischen Gesprächspartner - dem damit möglichen Kriegseinsatz in Afrika zu entgehen. Einige Migrationsentscheidungen sind auf Familienmitglieder zurückzuführen, die bereits in Deutschland Arbeit gefunden hatten und ihre Verwandtschaft, Freunde und Bekannte im Sinne einer Kettenwanderung dazu bewogen, ebenfalls auszuwandern. – deswegen findet man oft Leute aus der gleichen Region an einem Ort.

Ein Migrationsgrund für Frauen war die niedrige soziale Stellung der Migrantinnen in der heimatlichen Gesellschaft. Sie hatten es oft schwerer einen Arbeitsplatz zu finden, oder sie arbeiteten als unbezahlte Arbeitskräfte in Familienbetrieben. Für unverheiratete bedeutete die Auswanderung deswegen auch der Wunsch finanzielle Unabhängigkeit zu erreichen und den vorgegebenen patriarchalischen Strukturen zu entfliehen.

Der gemeinsame Hauptauswanderungsgrund war jedoch die Hoffnung, der Armut im Heimatland zu entfliehen und innerhalb eines kurzen zeitlichen Rahmens finanzielle Werte anzusparen. Längerfristige Ziele, die auf anhaltend höheres Einkommen mittels Ausbildung oder Studium abzielten, ordneten sich dieser Motivation unter.

Nicht immer war es die direkte nackte Not, die das Interesse an einer Arbeitsaufnahme im Ausland bestimmte. Die Wanderung stellte für viele aber die einzige Möglichkeit dar, die Lebensverhältnisse entscheidend zu verbessern. Gelegentlich halfen die Geschichten der bereits in Deutschland arbeitenden Landsleute, letzte Hemmnisse zu beseitigen. Im Urlaub zurückgekehrt, sprachen Sie vom Geld, das in Deutschland auf der Straße läge, und vom Haus, das man sich in ein bis zwei Jahren leisten könne. Als Beweis hatten sie das neue Radio oder Auto dabei, das schön in der Sonne funkelte.

Für den einzelnen Bewerber war es bei den damaligen schlechten Verkehrswegen schon eine Herausforderung, seine abgelegenen Heimatregionen zu verlassen. Viele verließen zudem durch die Reise zu den Deutschen Kommissionen ihre heimatliche Region zum ersten Mal.

Gehörte man zu den Auserwählten, zu den Angeworbenen hieß es in die bereitgestellten Sonderzüge einzusteigen. Diese fuhren teilweise 2,5 Tage bis sie die zentralen Weiterleitungsstellen in Köln-Deutz und München, erreichten. Von dort erfolgte die Verteilung der Gastarbeiter auf das Bundesgebiet.

An den einzelnen Bahnhöfen warteten die Vertreter der verschiedenen Firmen auf die aussteigenden Migranten. Firmen aus der Region, die ein großes Kontingent Arbeiter erwarteten, kamen mit Bussen, kleinere Betriebe holten die Leute oft mit dem Auto ab. Es gibt aber auch den einen Beleg, dass manche Firmen ihre Ausländer mit der Werkskapelle abholten und diese dann mit Märschen vorneweg zu den Unterkünften marschierte. – Rodrigues (Millionste) – auf in den Kampf Torero. An den meisten Tagen ging es aber weit nüchtern zu. Normalerweise wartete an den meisten Tagen eine Firmenabordnung auf dem Bahnsteig, bevor es in die Unterkünfte auf dem Werksgelände ging.

Die Anwerberegelungen verpflichteten die Betriebe, den Gastarbeitern angemessenen Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Daher wurden sogenannte ‚Sammel- oder Gemeinschaftsunterkünfte‘ errichtet, bei denen es sich zumeist um firmeneigene Wohnheime handelte, die sich auf dem Betriebsgelände oder zumindest in der Nähe der Arbeitsstätte befanden. Die Wohnunterkünfte besaßen dabei eine unterschiedliche Qualität. Sie waren von der finanziellen Ausstattung und

der sozialen Verantwortung der Unternehmen abhängig. Die gesetzlichen Vorgaben waren dagegen großzügig angelegt: 3 qm Wohnfläche.

Trotz der einfachen gesetzlichen Vorschriften umgingen viele Arbeitgeber diese Vorgaben. Zahlreiche Artikel in den Stuttgarter Zeitungen in den 1960ern und 1970ern befassen sich mit menschenunwürdigen Unterkünften für ausländische Arbeiter: „Schönbühlstraße 94 in Stuttgart: eine alte, heruntergekommene Baracke, schmutzig, eng, unhygienisch – dem Gesundheitsamt ein ‚Dorn im Auge‘. Seit Jahren wohnen dort 35 griechische Gastarbeiter, jeder zahlt für sein Bett 70 Mark. Einnahmen des Vermieters: monatlich rund 2.500 Mark. Ähnliche Verhältnisse in einer Baracke in der Rohackerstraße: Schmutz, Enge, unzumutbare sanitäre Einrichtungen. Dort nimmt der Vermieter rund 1500 Mark im Monat ein.“ Ausländische Arbeiter akzeptierten diese einfachen und schlechten Wohnverhältnisse besonders in den ersten Jahren des Aufenthalts. Dem Migrationsprojekt des schnellen Sparens und der baldigen Rückkehr unterwarf sich die erste Generation von Migranten, indem sie noch lange in Baracken und billigen Unterkünften wohnten. Und es war ein Platz an dem man das aufgestaute Heimweh mit anderen teilen konnte.

Die Arbeitsbedingungen die sie in den 1960er in der Wirtschaft zu erwarten hatten, lassen sich zusammenfassen: Ausländer arbeiteten in dieser Zeit vorwiegend als un- oder angelernte Arbeiter, und zwar vor allem in solchen Bereichen in denen Akkord, Schmutz, Schichtsystem und Fließband anzutreffen waren. Die einfachen Tätigkeiten wurden mithilfe eines Dolmetschers oder per Zeichensprache vermittelt. Nach einer gewissen Zeit hatte man die einzelnen Handgriffe verinnerlicht. Ohne Aufsicht waren sie nun mehrere hundert Male am Tag abzuspielen und das auf Jahre hinaus. Die Akkordarbeit war in diesen Jahren unter den Arbeitsmigranten sehr beliebt, versprach sie doch den höchstmöglichen Verdienst und damit die Chance, viel Geld für eine baldige Rückkehr zu erhalten. Die Nachteile, z. B. die hohe körperliche Belastung, fiel dagegen bei denen im Durchschnitt recht jungen Menschen noch nicht so sehr ins Gewicht.

Dadurch, dass die „Gastarbeiter“ Arbeitsplätze besetzten, die bei den deutschen Arbeitern als unattraktiv galten, ermöglichen sie den Aufstieg vieler Deutscher in

beliebtere oder qualifizierte Positionen. Sie sorgten so für einen massiven Mobilitätsschub unter der Stammbelegschaft, ohne im gleichen Maße davon zu profitieren. Im Vergleich waren ausländische Arbeiter zwar den deutschen Arbeitern gleichgestellt, aber vor allem durch ihre fehlende Ausbildung und den mangelnden Sprachkenntnissen auf die unteren Lohngruppen limitiert.

Dieses Ungleichgewicht war den Migranten nicht bewusst. Für sie war der Vergleichsmaßstab nicht die Bedingungen in den Werkhallen, sondern die Verhältnisse in ihren Heimatländern, die zu dieser Zeit durch hohe Arbeitslosigkeit und niedrige Löhne gekennzeichnet waren. Dies erklärt auch, warum die ausländischen Arbeiter in der Bundesrepublik diese Benachteiligungen lange akzeptierten, ohne dass es zu sozialen und politischen Spannungen in größerem Umfang gekommen wäre.

Vielfach war man sich auch seiner betrieblichen Rechte nicht bewusst. So akzeptierten „Gastarbeiter“ lange Zeit ohne Widerworte schlechte Arbeitsbedingungen, um nicht aufzufallen. Ein gewisses Maß an Selbstbewusstsein auch seine Rechte einzufordern, sollte sich erst noch im Laufe der Zeit entwickeln. Gewerkschaften, die Ausländer schon früh als Mitglieder warben, sahen sich in den Anfangsjahren eher als Interessenvertreter der deutschen Belegschaft. Erst als Migranten begannen, sich innergewerkschaftlich zu engagieren, rückten die Belange von Ausländern in die Programme der Arbeitnehmervertreter mit ein.

Interessanter Weise war das betriebliche Klima gegenüber Ausländern in den Werkshallen in den 1960ern liberal und offen als man es vermuten konnte. Überwiegend herrschte jedoch eine desinteressierte Grundhaltung unter den deutschen Arbeitern vor, deren Entsprechung sich in manchen „Stereo-Typen“ Beschreibungen in Werkszeitungen und journalistischen Veröffentlichungen äußerte. Unbewusste Kränkungen, etwa in Form von unüberlegten Bemerkungen („Spaghetti“ etc.) kamen dagegen häufiger vor und die allseits beliebte Anrede mit „DU“.

Die deutsche Stammbelegschaft war den Ausländern bei Weitem nicht abweisend gesinnt. Im Gegenteil kann die Anfangszeit der „Gastarbeiterbeschäftigung“ als Phase charakterisiert werden, in der sowohl Ausländer wie auch Deutsche toleranter miteinander umgingen. Diese offene Haltung war von der deutschen Seite allerdings

an die Bedingung geknüpft, dass sich die Ausländer möglichst „geräuschlos“ den deutschen Verhaltensweisen anpassten. Die Erwartungshaltung bestand darin, „sich als gute Schaffer“ zu zeigen. Erfüllte ein Arbeitsmigranten diese Erwartungshaltung nicht, kam es schnell zu Konflikten.

Wie sehr man sich auf ausländische Arbeiter vorbereiten musste zeigt die einfache Übersicht, wo man Ausländer einsetzte, ohne Sie hätte man gar nicht mehr produzieren können. In manchen Abteilungen bestand die Arbeiter nur noch aus Ausländern, die von einem deutschen Meister angeleitet wurden:

Ein häufig anzutreffendes Umstellungsproblem betraf die Erfahrung, die alltäglichen Dinge des Haushalts nun selbst erledigen zu müssen. Kochen oder das Waschen der Kleidung stellte manchen Mann vor neuen Herausforderungen, die nun nach der getanen Arbeit oder am Wochenende zu erledigen waren. Die Folge war eintöniges, wenig abwechslungsreiches Essen, das sich auf längere Sicht zur Mangelernährung ausweiten konnte. Zusätzliche Schwierigkeiten verursachte die fehlende Möglichkeit, die damals in Deutschland unbekannten südländischen Nahrungsmittel zu erhalten. Bevor die ersten Ladengeschäfte eröffneten, die diese Lebensmittel führten, mussten die Grundnahrungsmittel ungeachtet der Verständigungsprobleme in deutschen Läden geordert werden, was zu abstrusen Situationen führte.

Für das Kantinenessen wurden Ratschläge des Landesarbeitsamtes herausgegeben, wie etwa Spaghetti kocht, um den kulinarischen Betriebsfrieden zu retten.

Ein Merkmal des Lebens in den Gemeinschaftsunterkünften war die räumliche Enge, die kaum Privatsphäre zuließ. Ständig war Bewegung, die einen kamen, die anderen gingen. Musik wurde gespielt oder lautstark diskutiert. Es gab kaum Möglichkeiten sich zurückzuziehen. Zwangsläufig befand man sich ständig in Gemeinschaft. Wer seine Ruhe haben wollte, hatte nur die Möglichkeit die Unterkünfte zu verlassen. Das erzwungene Zusammenleben wurde als Belastung empfunden

Dessen ungeachtet erfuhr die gemeinsame Unterbringung auch eine positive Wertung. Die zusammen gewürfelten Leidensgenossen entwickelten eine Solidargemeinschaft, innerhalb der sich das angestaute Heimweh und die

anfallenden Sorgen leichter überwinden ließen. In den Zimmern besprach man die tägliche Arbeit, entwickelte Lösungsstrategien für die anfallenden Probleme. Es war fast ein Gefühl von Geborgenheit, das half, Isolation und das Leben entfernt von der Familie zu ertragen.

Das Freizeitangebot, das zur Ablenkung in den Unterkünften angeboten wurde, war überschaubar. Es gab Sportgeräte, fremdsprachige Bücher und Zeitschriften, eine Auswahl an Brettspielen, ein Fernsehapparat mit deutschem Fernsehen und ein Radio, über das man heimatsprachlichen Sendungen empfangen konnte. Am beliebtesten waren jedoch die einheimischen „Klassiker“: Kartenspiele hier, Backgammon dort. Tage, Nächte und ganze Wochenenden wurden durchgespielt, bis es wieder zur Arbeit ging.

Vereinzelt gab es Angebote Deutsch zu lernen: Die Sprachkurse waren am Anfang sehr beliebt. Das Interesse ebbte mit der Zeit aber ab. Als Gründe für ein Fernbleiben führten die „Gastarbeiter“ vor allem die langen Arbeitszeiten und die große Zahl von Überstunden an, die den Arbeitern kaum Freiräume ermöglichten, in der knapp bemessenen Freizeit noch Deutsch zu lernen. In einer Umfrage von 1967 gaben 50 % der Spanische Männer und 60 % der spanischen Frauen an, Deutsch nur durchs Zuhören zu lernen. Überhaupt war es für viele Migranten schwierig, eine neue Sprache zu erlernen. Die meisten hatten im Heimatland nur wenige Jahre Schulausbildung genossen, sodass sie kaum in der Lage waren, ihre eigene Sprache korrekt auszuüben.

Den Großteil der privat zur Verfügung stehenden Zeit verbrachten die Bewohner der Unterkünfte in einem Trott aus täglicher Routine, eingekleilt zwischen Hausarbeit und Arbeitsstelle. Der Hauptteil des Tages und selbst des Wochenendes wurde durch die Arbeit ausgefüllt. Um möglichst viel Geld innerhalb eines kurzen Aufenthalts in Deutschland anzusparen, waren Überstunden, Wochenendschichten und Zweitberufe weitverbreitet. Die Stunden, die danach noch übrig blieben, nutzte man zum Briefe schreiben oder zum Spazierengehen. Einkaufen ging man vergleichsweise selten, auch wenn einige den neuen Erfahrungen von Erwerb und Konsum nicht widerstehen konnten und das eben erst verdiente Gehalt, mit vollen Händen ausgaben. Zu verlockend waren die Möglichkeiten, die sich boten. Es kam vor, dass einer sich sogar noch Geld für eine Fahrkarte nach Hause leihen musste,

weil er innerhalb eines Jahres nichts zu Seite gelegt hatte. Die meisten „Gastarbeiter“ gleichwohl lebten äußerst spartanisch, immer darauf bedacht, so viel Geld wie möglich nach Hause zu schicken. Man sah sie Freitags in langen Schlangen am Postamt stehen, um dort ihren Wochenlohn in die Heimat zu transferieren.

Die Unterbringung einer größeren Gruppe Männer auf kleinstem Raum führte speziell in der Frage der Sexualität zu einem Spannungsverhältnis, innerhalb der Männergesellschaft in den Unterkünften und zwischen den Migranten und der deutschen Bevölkerung. Der Gegenstand wurde in den kommenden Jahren immer wieder dazu benutzt, negative Ängste und Sorgen der deutschen Seite mit der „Gastarbeiterbeschäftigung“ negativ zu thematisieren.

Im Alltag sahen die deutschen Männer die ausländischen Arbeiter als Rivalen um die Gunst der weiblichen Bevölkerung von Neckarsulm. Für Unmut sorgten dabei das forschere Auftreten der neuen Konkurrenz und das scheinbar aufdringliche Flirtverhalten. Bei Festen und in Tanzlokalen führte dies zu Anfeindungen und Prügeleien.

Ganz allgemein wurde eine übermäßige Präsenz der Ausländer in der Öffentlichkeit als Ärgernis gesehen. Man störte sich etwa an der Anwesenheit von Ausländern am Bahnhof in Neckarsulm, der wegen des fehlenden Platzes in den Unterkünften am Abend und am Wochenende zum zentralen Treffpunkt der ausländischen Bevölkerung wurde. Die Ausländer befeuerten die Missstimmung dadurch, dass sie oftmals in Gruppen auftraten

Die Lebensgewohnheiten in den Baracken, die Nähe zu den Kollegen und die Sicherheit in der Gruppe in einer unbekannten Umgebung mögen den Ausschlag dazu gegeben haben. Von der deutschen Umwelt wurde dies mit Missfallen betrachtet.

Es war eine Ausnahmesituation, in der sich die Arbeitsmigranten zu Begin ihrer Beschäftigung befanden. Dies vermittelten die in den Zeitzeugengesprächen genannten Eindrücke, über das Leben in den Gemeinschaftsunterkünften. Sie lassen Gefühle des Fremdseins erkennen, zeugen aber auch vom Freiheits- und Gemeinschaftsgefühl, das man damals erlebte. Die Art und Weise wie der Einzelne das damalige Geschehen empfand, hing oftmals vom Kriterium der individuellen

bisherigen Erfahrungen, dem Alter der Person und seiner Anpassungsfähigkeit an die neue Situation ab. Je älter ein Arbeitsmigrant war, desto eher wurde seine Wertvorstellung von der Konvention und den Eigenarten des Heimatlandes gebildet. Sie waren der Maßstab, nach dem er seinen Aufenthalt beurteilte. Bei jüngeren Menschen waren diese Verhaltenserwartungen noch nicht so ausgeprägt. Sie waren offener für die Freiräume, die sich ihnen außerhalb des gewohnten Umfelds boten, und lebten freier und experimentierfreudiger. Erst später orientierten sie sich wieder an traditionelleren Werten.

Erst die Krise 1966/1967 verschärfte die Situation zwischen Deutschen und Ausländern. Die wachstumsgewöhnten Bundesbürger empfand die Nachkriegsrezession in dieser Zeit als tiefen Einschnitt in das Selbstwertgefühl der stolzen „Wirtschaftswunderrepublik“. Die tragende Säule dieses Stolzes, der stetige wirtschaftliche Erfolg, war nun scheinbar brüchig geworden. Die Deutschen, die sich zu sehr an dieses Gefühl hatten, empfanden den kurzfristigen Konjunktureinbruch deshalb als besonders irritierend. Die entstandene Unsicherheit und Verunsicherung führte in der Arbeitsmarktpolitik bundesweit zu kritischen Diskussionen über den Sinn der Ausländerbeschäftigung. Im Zentrum der Debatten stand die Meinung, dass die vorhandenen Arbeitsplätze deutschen Arbeitern und Angestellten vorbehalten bleiben sollten. Deutliches Kennzeichen dieser Auseinandersetzungen war das verstärkte Aufkommen von Ressentiments gegenüber ausländischen Arbeitern in den Medien und der Öffentlichkeit sowie die Wahlerfolge der fremdenfeindlichen NPD, die zwischen 1966 und 1968 in sieben Landtage, darunter dem Baden-Württembergischen, einziehen konnte.

Das negative Bild, dass die Diskussionen heraufbeschwören, entlud sich nicht nur in hitzigen Wortgefechten. Ein Artikel in der Bild-Zeitung mündete sogar in handgreifliche Auseinandersetzungen:

Im Gegensatz zu diesen Reaktionen blieb es in den meisten Fabrikhallen ruhig. Dennoch machten die Debatten über die möglichen Nachteile der Ausländerbeschäftigung nicht vor dem Werksgelände halt. Unter der Belegschaft wuchs die Zahl derer, die den Arbeitsmigranten ablehnend gegenüberstanden.

Mit dem weiteren Anwachsen der ausländischen Bevölkerung im Land Heilbronner Unterland veränderte sich die Problemwahrnehmung der einheimischen Bürgerschaft immer mehr. Neben arbeitsmarktpolitischen Punkten gerieten immer mehr soziale Fragen in den Fokus der gesellschaftlichen Aufmerksamkeit. Diese Fragen betrafen nicht mehr nur allen die Arbeitgeber, sondern verstärkt auch die Städte die gezwungen waren, Geld in den Aufbau einer sozialen Infrastruktur zu stecken.

Denn während es in Sachen Ausländerbeschäftigung kein Ende zu geben schien, wurde zur gleichen Zeit bundesweit eine andere Tendenz mit Sorge betrachtet: Die Aufenthaltsdauer der „Gastarbeiter“ stieg stetig an, und folglich nahmen auch die Fälle, in denen Ausländer ihre Familie nachholten, beständig zu. Im Laufe der Zeit, hatten sich die Lebensentwürfe der Arbeitsmigranten verändert. Sie realisierten, dass alle Pläne und Träume nicht durch ein paar Jahre Arbeit in Deutschland zu erfüllen waren. Wenn es einem schon nicht gelang, relativ bald nach Hause zurückzukehren, so sollte doch zumindest die Familie wieder zusammen kommen.

In der Perspektive der Verantwortlichen bei Wirtschaft und Behörden barg dies die Gefahr einer ansteigenden finanziellen Belastung.

Die Diskussion verstärkte sich durch die in Kraft tretende Ausländerverordnung von 1971, die Ausländern, die länger als fünf Jahre in der BRD beschäftigt waren, eine auf fünf Jahre befristete „besondere Arbeitserlaubnis“ erteilt wurde – unabhängig von den Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt. Man konnte also viele Ausländer nicht kurzfristigen Rückkehr zur Rückkehr zwingen.

Der Wendepunkt in der Ausländerpolitik in diesem Sinne wurde im Verlaufe des Jahres 1973 erreicht. Schon in seiner Regierungserklärung im Januar 1973 hatte Bundeskanzler Brandt die Notwendigkeit betont, „...dass wir sehr sorgsam überlegen, wo die Aufnahmefähigkeit unserer Gesellschaft erschöpft ist und wo die soziale Vernunft und Verantwortung Halt gebietet.“]

Der „Anwerbestopp“ vom 23. November 1973 markierte das Ende in der Ausländeranwerbung. Der weitere Zustrom von Gastarbeitern aus nicht EG-Ländern wurde damit ganz abgeschnitten. Vorgeschobenes Argument war der „Ölschock“: „So verderben die Araber mit ihrem Ölboykott, auch so manchem türkischen

Glaubensbruder den Traum vom Taxibetrieb in der Türkei, schrieb z.B. die Frankfurter Rundschau.

Tatsächlich war dies nicht mehr als ein verstärkendes Moment und zudem ein günstiger Anlass, den Zustrom ausländischer Arbeitnehmer ohne großen Widerstand Seiten der Entsendeländer und ohne langwierige Diskussionen in der dt. Öffentlichkeit über die sozialen Folgen dieser Maßnahmen einzudämmen und die Zahl der Ausländer zu senken. Die vorausgegangen Diskussionen konnten so überspielt werden. Nach den Erfahrungen der ersten Krise von 1967, wo viele Ausländer nach Hause gegangen waren erhoffte sich die Regierung einen merklichen Rückgang der Ausländerbeschäftigung, denn sie ging davon aus, dass auch künftig 200-400tsd. ausländische Arbeitnehmer jährlich auf eigenen Wunsch in ihre Heimat zurückkehren, so dass einerseits eine gewisse Anpassungsphase für die Wirtschaft entstünde, zum anderen ein deutlicher Rückgang auch der finanziellen Belastungen durch die Gastarbeiterbeschäftigung zu erwarten sei. In 10 Jahren, so suggerierte die Berechnung, werde sich die Zahl der Ausländer in der BRD von jetzt knapp vier Millionen auf die Hälfte reduziert haben.

Doch der Wunsch, dass sich die „Gastarbeiterfrage“ durch eine verstärkte Heimkehr von selbst lösen würde, war inzwischen unreal. Zwar nahm wie erwartet die Anzahl der ausländischen Arbeiter wie erwartet von 2,6 auf 1,86 Millionen 1978 ab, im gleichen Zeitraum blieb dagegen die ausländische Wohnbevölkerung mit fast 4 Millionen relativ konstant. Die Furcht nicht mehr nach Deutschland zurückkehren zu können, hatte die bisher übliche eigenständige Rotation gestoppt. Ein als kurzfristig angesehene Aufenthalt der „Gastarbeiter“ wandelte sich zum Daueraufenthalt. Ein als kurzfristig angesehenes Phänomen, hatte sich zu einem bis heute andauernden Zustand entwickelt.

Die Schlüsse, die vor allem die Politik von nun an aus dieser Situation zog, hatten weitreichende Folgen, die teilweise verantwortlich für die Situation von heute sind.

Greifen wir ein Beispiel heraus: Der Deutsche Caritasverband war es, der zum ersten Mal 1975 zuverlässige Daten über die schulische und gesellschaftliche Problemlage der zweiten Ausländergeneration veröffentlichte. Erschreckende Erkenntnisse über

den schulischen Misserfolg, über schlechte Berufschancen, einer Generation ohne Perspektive lagen auf dem Tisch. Die Probleme waren aber schon längst, seit den 1960er Jahren bekannt.

Als ihre Väter und Mütter nach Deutschland kamen, waren sie noch Kinder oder noch gar nicht geboren. Die Lebensplanungen ihrer Eltern war auf eine kurze Zeitphase in Deutschland ausgerichtet.

In dieser ersten Phase blieben die Kinder meistens in den Herkunftsländern bei ihrer Mutter oder den Großeltern. Doch die Zeiten änderten sich. Mit der steigenden Aufenthaltsdauer der ausländischen Arbeitnehmer rückte zunehmend das Problem der Familienzusammenführung in den Fokus der staatlichen Behörden. Mit den längeren Arbeitsverhältnissen kommen nach 1965 zunehmend Familien nach Deutschland. Allein bis 1968 folgten 95% der spanischen verheirateten Frauen Ihren Männern.

War die Anpassung an ein fremdes Land bereits eine Herausforderung für manchen Erwachsenen, so mag man sich die Situation für die Kinder kaum vorstellen. Herausgerissen aus ihrem heimatlichen Umfeld, standen sie oft vor enormen Schwierigkeiten. Kinder die bei der Einreise noch klein waren, konnten sich am ehesten noch in die neue Situation einleben. Den Älteren fiel es dagegen schwer, sich zurechtzufinden. Wer die Sprache nicht sprach, fühlte sich ausgesetzt und unerwünscht. Man merkte beim Zusammentreffen mit Einheimischen, dass etwas Trennendes zwischen einem stand. „Ich fühlte mich minderwertig, weil ich als anders angesehen wurde. Wir waren alle Spaghettifresser, obwohl wir eigentlich Spanier waren.“ (Miguel F.)

Die Mainzer „Allgemeine Zeitung“ schrieb am 3.1.1978: „Wer dabei auf der Strecke blieb, waren wieder einmal die Kinder. Entweder sie blieben gleich in Ausland, wurden bei Verwandten großgezogen und hatten kaum noch Verbindung zu ihren Eltern. Oder sie kamen mit nach Deutschland, konnten in der Schule kaum dem Unterricht folgen und stehen jetzt ohne Schulabschluss hoffnungslos auf dem Abstellgleis.“

In einem Bericht eines staatlichen Schulamts hieß es zur schulischen Situation der ausländischen Kinder: von 637 Ausländerkindern besuchten die Grundschule 405,

die Hauptschule 177, die Realschule 5, Gymnasium 0. Der Rest verteilt sich auf Sonderschulen für Lernbehinderte oder sogenannte „Internationalen Klassen“, in denen Lehrer die Kinder aller Nationen für den deutschsprachigen Normalunterricht vorbereiteten.

Ohne die nötigen Voraussetzungen waren die Kinder ausländischer Arbeitnehmer in einen neuen Lebensabschnitt gestartet. Der schulische Alltag war unter diesen Voraussetzungen kaum zu meistern. Um der deutschen Schulpflicht dennoch Genüge zu tun, kamen viele Kinder in die nächste Jahrgangsstufe, auch wenn kaum eine Chance auf einen Schulabschluss bestand. In den Zeugnissen hieß es dann „... in allen sprachlichen Fächer wegen nicht genügender Deutschkenntnisse keine Benotung erteilt.“ Mit keinem oder nur einem schlechten Schulabschluss hatten ausländische Jugendliche in jenen Jahren nur die Möglichkeit, in ungelernten Berufen einzusteigen. Eine berufliche Ausbildung blieb Ihnen deshalb häufig versagt. Verschärfend kam jedoch hinzu, dass immer mehr ungelernte Tätigkeiten wegfielen. Die fortschreitende Technisierung der Produktion benötigte verstärkt qualifizierte Arbeiter. Vom Wegfall der einfacher Verrichtungen waren hauptsächlich die Stellen ausländischer Arbeiter betroffen, die sich einer wachsenden Automatisierung gegenüberstanden.

Eine viel beachtete Ausnahme war innovativen „Modellversuch zur Berufsausbildung ausländischer Jugendlicher“. Der bis 1985 durchgeführte Kurs war im Grunde eine revolutionäre Vorwegnahme der bundespolitischen Förderungsmaßnahmen von Migranten, wie sie erst in den letzten Jahren üblich wurden. Neben einer „vollwertigen Berufsausbildung“ bestand die Ausbildungszeit auch aus Deutschunterricht. Daneben wurden die Jugendliche sozialpädagogisch betreut und die gesamte Maßnahme wissenschaftlich begleitet. Ziel war es, die ausbildungsrelevanten sprachlichen und mathematisch-technischen Defizite der Migranten, während der betrieblichen Ausbildung in einem anerkannten Ausbildungsberuf, abzubauen. Zusätzlich versuchten die Ausbilder die soziale Integration ausländischer Jugendlicher innerhalb und außerhalb der Betriebe voranzutreiben und ihre Eltern über die betrieblichen Ausbildungsmöglichkeiten aufzuklären. Allzu oft hatten diese sich in der Vergangenheit gegen eine berufliche Ausbildung ihrer Kinder gestemmt, war es doch immer noch oberstes Ziel, nach einer

gewissen Zeit nach Hause zurückzukehren. Eine gute bezahlte Arbeitsstelle als Akkordlöhner wurde deswegen oft einer langwierigen Ausbildungszeit mit geringer Bezahlung vorgezogen.

Die Ergebnisse des Modellversuchs ließen sich sehen. Von den Jugendlichen, die je zur Hälfte in den Jahren 1980 und 1981 die Ausbildung aufnahmen, bestanden bis Juli 1985 (79%) die Facharbeiterprüfung. Dies zeigt, dass Jugendliche mit erheblichen Sprach- und Bildungsdefiziten durchaus in der Lage waren, eine Ausbildung erfolgreich abzuschließen, wenn sie in geeigneter Weise vor und während der Ausbildung zusätzlich gefördert wurden.

Anstatt in dieser Richtung weiter zu arbeiten gab die Bundespolitik ein anderes Motto aus, nämlich die Rückkehrbereitschaft zu stärken. Dafür steuerte die Bundesregierung finanzielle Anreize für diejenigen bei, die sich zu einer dauerhaften Rückkehr ins Heimatland entschlossen. Davon ausgenommen waren EG-Inländer, wie etwa Italiener, deren erneute Einreise in die BRD durch EG-Bestimmung nicht mehr reguliert werden konnten. Der in den Zeitungen vermittelte Eindruck „stolzer Prämien“ täuscht aber darüber hinweg, dass die Endsumme auch damit erkauft wurde, dass diejenigen, die Rückkehrshilfe annahmen, damit alle bestehenden Arbeitslosen- und Rentenversicherungsansprüche verloren. Das Ergebnis war aber sehr bescheiden. In der Regierungszeit Kohls von 1982 bis 1998 nahm die Zahl der Ausländer von 4,6 auf 7,3 Millionen zu.

Aussage eines Landtagsabgeordneten:

„Die ständig verbreitete Illusion der Bundes- und Landes-SPD, das Ausländerproblem werde sich durch das ‚Zauberwort Integration‘ fast von allein lösen, hätte wesentlich zur Verschärfung der gegenwärtigen Lage und zur Nahrung des aufkeimenden Ausländerhasses beigetragen. Es müsse stattdessen alles getan werden, um die Rückkehr der Ausländer in ihre Heimatländer und die konsequente Eindämmung eines weiteren Zuzugs zu erreichen. [...] Nur durch die Reduzierung der Ausländerzahlen auf ein Normalmaß innerhalb der nächsten zwei Jahre könne gewährleistet werden, daß die Bundesrepublik auch künftig ein ausländerfreundliches Gastgeberland bleibe [...].“

Die Jahre in dieser Phase wurden von den Migranten als „bleierne Zeit“ empfunden, in der sich ihre Situation kaum verbesserte. Ganz im Gegenteil schufen wirtschaftliche Probleme und soziale Spannungen den Nährboden für Ausländerfeindlichkeit, die schließlich in furchtbaren Brandanschlägen mündete. „Unterwanderung“ und „Überfremdung“ bestimmten die Schlagzeilen. Vor allem die türkische Bevölkerung wurde als größte Zuwanderungsgruppe zunehmend als Problem der Ausländerpolitik wahrgenommen.

Dabei übersieht man einiges:

So bringen türkische Migranten den „Gründungsmotor“ auf Touren. 8.000 türkische Unternehmen schufen 2008 etwa 36.000 Arbeitsplätze in Baden-Württemberg.

Der Döner gehört längst zu den beliebtesten Gerichten in Deutschland. Mehr als 73.000 Portionen werden pro Tag in der Region Stuttgart verkauft. Damit hat das Fleisch vom drehenden Grill der deutschen Bratwurst und dem amerikanischen Hamburger den Rang abgelaufen. Völkerverständigung, die sprichwörtlich durch den Magen geht.

Und in den schulischen Leistungen liegen die türkischen Kinder nicht am Ende der Skala. Ganz unten stehen mit den dürfigsten Leistungen italienische Migranten.

Nun sind wir also 2005 auch offizielle Einwanderungsland, 50 Jahre nach der Unterzeichnung des ersten Anwerbeabkommens. Jubiläen sind wichtig, treffen aber manchmal nicht 100% zu. Wir feiern nun 2012, 60 Jahre Baden-Württemberg und damit auch 60 Jahre Einwanderung.

Interessanterweise haben Euro-Krise dort und Wirtschaftswachstum und Facharbeitermangel hier den Grundstein zu einer neuen Auswanderungswelle gelegt, deren Ausmaße bei uns noch nicht wahrgenommen werden.

Die Stadt hatte vom 25. bis 27. Januar 2012 sieben ausländische Journalisten aus Griechenland, Italien, Spanien und Portugal eingeladen. Ziel war es, den Medienvertreterinnen und -vertretern einen Eindruck von der Region vor allem in den Bereichen Wirtschaftskraft und Arbeitsmarkt zu geben und auf den sich abzeichnenden Fachkräftemangel aufmerksam zu machen.

Ein Artikel der portugiesischen Journalistin Madalena Queiros von der

Wirtschaftszeitung, „Diario Economico“ führte zu einem großen Medieninteresse in Portugal.

Vielfach haben sich die Unterschiede zwischen Ausländern und Deutschen, Einheimischen und Migranten verwischt. Existierten früher noch klare Unterscheidungsmerkmale wie die der Nationalität, um zwischen In- und Ausländern zu unterscheiden, muss heute oftmals auf den Terminus „Menschen mit Migrationshintergrund“ zurückgegriffen werden, um eine statistische Einteilung überhaupt zu ermöglichen. Zudem sind hohe Arbeitslosigkeit, mangelnder schulischer Erfolg und eine unzureichende Beherrschung der deutschen Sprache gegenwärtig keine Attribute mehr, die sich ausschließlich auf Migranten beziehen, sondern auch ein Problem von Deutschen in bildungsfernen Schichten darstellt. Auf der anderen Seite ist es keine Seltenheit, wenn heute wichtige Positionen innerhalb des Werkes in Produktion, Entwicklung und Management von Migranten bekleidet werden.

Nicht nur auf sportlicher Ebene hängt die Zukunft von Migranten ab, etwa beim Fußball wo ein türkischstämmiger Regisseur angibt, auch beim aktuellen U 21 Europameister haben elf der 23 Fußballspieler ausländische Wurzeln. Die Helden von Bern, München und Rom sahen anders aus.

Auch auf beruflicher Ebene ist die Qualifizierung von Migranten inzwischen zur Regel geworden.

Doch wer will sich schon in einer Gemeinschaft integrieren, die einen immer noch als fremd ansieht und einen lobt „das man dich gut Deutsch spräche“, obwohl man wahrscheinlich ein besseres Hochdeutsch drauf hat als der Gesprächspartner?

Migrant zu sein oder nicht, ist heute nicht mehr nur eine Frage der nationalen Zugehörigkeit oder der Abstammung, sondern vielmehr eine Frage des Gefühls des An- und Aufgenommenseins in der Gesellschaft und am Arbeitsplatz.

Wir sollten erkennen, dass alle Teile zum Fundament gehören, auf das Deutschland in Zukunft und im historischen Sinne gebaut sein muss.

Deutschland hat sich verändert. Nicht zuletzt durch seine Ausländer. Sie haben nicht nur Spaghetti, sondern auch ihre Kultur mitgebracht. Nun liegt es an uns, Vertrauen in die Zukunft zu gestalten. Die Aufgabe besteht in nichts Geringerem, als ein neues,

gemeinsames „Wir“ zu entwickeln und sei es z. B. mit einem Grundrecht auf Verwurzelung in unserer Gesellschaft.

Ein Projekt mit Signalwirkung wäre Migrationsgeschichte in unserem Alltag aufzunehmen, etwa in Form eines Denkmals. Eine Wertschätzung der real existierenden Vielfalt könnte aber auch in der Umbenennung von Straßennamen erfolgen: Auf einen Königsbergerweg könnte eine Istanbulstraße oder einen Weg der Einwanderung folgen.

Auch International wäre eine wie auch immer geartete Erinnerung ein positives Zeichen, da bereits heute eine Gesellschaft an der Art und Weise gemessen wird, wie sie mit ihrer Vergangenheit umgeht. In einer globalisierten Welt kann dies ein entscheidendes Kriterium sein, wenn um die besten Köpfe gerungen wird.

Allein diese Feststellungen verdeutlichen, dass noch umfassendere Anstrengungen notwendig sind, um dem gesamtgesellschaftlichen Anspruch dieses Themas gerecht zu werden. Lohnend wäre es allemal, denn wer sich seiner eigenen Wurzeln versichert, kann die Gegenwart und Zukunft unserer Gesellschaft selbstbewusster mitgestalten.